

Demokratie beginnt in der Nachbarschaft

Handlungsoptionen der Gemeinwesenarbeit gegen Populismus

GÜNTER RAUSCH

Prof. Dr. Günter Rausch lehrt an der Evangelischen Hochschule in Freiburg mit den Schwerpunkten Gemeinwesenarbeit/Sozialraumorientierung und Sozialmanagement. Zuvor wirkte er in sozialen Brennpunkten und Hochhaussiedlungen als Gemeinwesenarbeiter. Als Flüchtlingsbeauftragter seiner Hochschule ist er für eine Öffnung der Hochschulen der Sozialarbeit für geflüchtete Menschen engagiert. www.eh-freiburg.de

Es scheint paradox, dass Rechtspopulisten auch in jenen Stadtteilen Rückhalt finden, wo jene Menschen leben, gegen die sich im Kern deren Programmatik wendet. Die Gemeinwesenarbeit müsste von ihrem Selbstverständnis her beste Voraussetzungen zur Prävention und zur Bekämpfung von Populismus bieten.

John Dewey hat vor rund einhundert Jahren auf die Bedeutung des alltäglichen Zusammenlebens verwiesen: »Democracy must begin at home and ist home is the neighborly community ... the local ist he ultimate universal.« (Dewey, LW 2: 368).

Dabei verband der amerikanische Philosoph und Reformpädagoge mit der demokratischen »Community« zugleich die Idee einer gelebten Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen und einen lebendigen kommunikativen Austausch über die eigene Community hinaus. Demokratie gelte es vermittelt »Learning by doing« in Familie und Schule so zu lernen, dass es sich auch in den Einstellungen und Haltungen der Mensch im Miteinander widerspiegeln: »Das klare Bewusstsein eines gemeinschaftlichen Lebens, mit allem, was sich damit verbindet, konstituiert die Idee der Demokratie.«

Deweys Vorstellungen fanden in Demokratisierungskonzepten Eingang, die nach 1945 in Westdeutschland einen demokratischen Neuaufbau Deutschlands ermöglichen sollten. Herta Kraus empfahl »Community Organization« als Aufgabe wie als Methode, die weit über das Anwendungsgebiet der Sozialen Arbeit hinausginge, »aber Sozialarbeit ohne Community Organization wäre kaum denkbar. Letzten Endes handelt es sich um ein Stück

Lebensäußerung der Mitbürger eines ganzen Volkes, die das Recht haben und nutzen, an allen Aufgaben der Gemeinschaft in freiwillig gewählter Verantwortung aktiv mitzutun« (Kraus, 1951: 191).

Heute scheint das »Gespenst des Populismus« die westlichen und östlichen Demokratien zu bedrohen. Neben den Schichten und Milieus, die einen sozialen Abstieg befürchten, spricht der Populismus vor allem jene Menschen an, mit den Verwerfungen, Widersprüchen, Uneindeutigkeiten und Unbekanntem schlecht umgehen können: »Die Welt ist für die Menschen voller Unsicherheiten. Rechtspopulistische Parteien sind dann eine Verlockung.« (Hausschild)

Populismus bedient aber auch die Erfahrungen und Ängste jener Schichten, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, die in den Städten unter der neuen Wohnungsnot leiden oder sich von politischen Entscheidungsprozessen abgetrennt fühlen. Vermeintliche und vorhandene Missstände, soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen sowie bedrohlich anmutende neue Entwicklungen werden populistisch thematisiert.

»Schuld sind die da oben«, denn die »kümmern sich sowie nur um den eigenen Vorteil«, lauten dann häufig die Sprüche, nicht nur der Protagonisten. »Allerdings kennt der Rechtspopulis-

mus nicht nur die herrschende Elite, als outgroup, die der ingroup, also dem eigenen Volk, schadet. Auch die »Anderen/die Fremden«, zumeist Ausländer, Migranten und andere Minderheiten stellten eine Bedrohung dar.« (Wolf, S. 13)

Es scheint geradezu paradox zu sein, dass Rechtspopulisten wie Trump und Le Pen auch dort Rückhalt finden, wo jene Menschen leben, gegen die sich im Kern deren Programmatik wendet. Eribon beobachtet solche vermeintlichen Widersprüche und wie sich »große Teile der prekarierten und verwundbaren Unterschicht mit Leuten aus Handelsberufen, mit wohlhabenden ... Rentnern, sogar mit faschistischen Exmilitärs und traditionalistischen Katholiken verbinden« (Eribon, S.128).

»Rechtspopulistische Positionen sind in einer unsicheren Welt eine Verlockung«

Tatsächlich sind Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit oder Nationalismus in breiten Bevölkerungsschichten vorzufinden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, oftmals aber in den Bildungs- und Sozialisationsgeschichten sowie deren Sozialräumen verwurzelt. »Das Viertel, in dem man lebt, ist für das Selbstverständnis und die Sicht auf die Welt nun wichtiger als der Arbeitsplatz und die Position im sozialen Gefüge.« (Eribon, S. 140)

Diese Wohngebiete sind keineswegs homogen, sondern von oftmals in sich zerstrittenen oder zumindest von unterschiedlichen Interessen und vielfältigen Vorstellungen der Bevölkerungsgruppen bestimmt sind. Sie scheinen inzwischen zunehmend im Fokus der Populisten zu stehen. Diese finden hier nicht nur politisch auszuschlachtende Themen, sondern offensichtlich auch Wählerpotenziale. Solche Menschen fühlen sich oftmals nicht nur von den etablierten Parteien und Institutionen alleine gelassen.

Die Frage stellt sich, wo da eigentlich die Gemeinwesenarbeit geblieben ist, die seit ihren Anfängen bei Jane Addams im

19. Jahrhundert gerade in jene Quartiere gegangen ist, in denen die Armen, die Ausgegrenzten und die Migranten keineswegs immer schiedlich und friedlich miteinander lebten.

Das Beispiel der Settlement-Bewegung in Amerika

Seinerzeit gab es in den USA eine neue populistische Bewegung (»The Peoples's Party«), was die Tatkraft gerade der sozial- und friedenspolitisch inspirierten Frauen in Chicago's Hull House keineswegs entmutigte. Sie boten Räume und Gelegenheiten der Begegnung und der Selbstorganisation, sie initiierten Sprach- und Kulturangebote, betreuten und bildeten die Kinder und Jugendlichen und sie förderten die Kommunikation der

Bewohner untereinander. Vor allem aber leisteten sie Existenzsicherung, etwa in Form von Essensausgaben, aber auch politisch strukturelle Interventionen, zum Beispiel für Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung. Dort, wo der Schuh drückt (»Issues«), wurde gehandelt, am besten durch die betroffenen Menschen selbst, ohne jedoch zugleich die Aktivitäten auf den anderen Ebenen zu vernachlässigen. Dieser verkürzt wiedergegebene Rückblick auf die Settlement-Bewegung in Chicago's Hull-House lässt sich natürlich nicht einfach auf unsere aktuelle Situation übertragen.

Leider ergeben die Recherchen im Internet und in den einschlägigen Printmedien aktuell nur wenig dokumentierte Beispiele gelungener Projekte der Gemeinwesenarbeit gegen den (Rechts-) Populismus in Deutschland. Empirisch fundierte Erkenntnisse lassen sich nicht herleiten. Es fehlen die längst überfälligen Förderprogramme für einschlägige Forschungs- und Entwicklungsprogramme.

Was bleibt, ist einerseits der Rückgriff insbesondere auf subjektive Eindrücke und Erfahrungen in verschie-

denen Regionen und Städte, die nicht zuletzt durch eigene Projekte, aber auch durch Praxis- und Seminararbeiten von Bachelor- und Master-Studierenden gespeist werden. Andererseits gibt es einige erfolgversprechende Ansätze, die beispielsweise im Kontext der »GWA-Werkstätten« oder des europäischen Masterstudiengangs Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie reflektiert wurden. Vor allem aber gibt es die ganz alltägliche Gemeinwesenarbeit, die von ihrem Selbstverständnis her beste Voraussetzungen zur Prävention oder zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Populismus bieten müsste.

Gemeinwesenarbeit setzt zumeist im Alltag jener Quartiere und sozialen Räumen an, in denen viele Menschen in belasteten Lebenslagen ihren Mittelpunkt haben. Sie arbeitet zielgruppenübergreifend, geht auf die Menschen zu, sucht die Begegnung und erhebt systematisch die Probleme, Themen und drängenden Anliegen der Bewohner. Bei diesem Vorgehen, das beispielsweise durch Methoden und Techniken des Community Organizing unterstützt wird, werden die Menschen persönlich angesprochen und zur Mitarbeit motiviert (»aktivierende Befragung«).

Im Vordergrund stehen die gemeinsamen Angelegenheiten, die nach Ansicht vieler Akteure dringend geregelt werden sollten. Nicht das Trennende oder Unterscheidende steht im Vordergrund, sondern das Verbindende, über das man sich gemeinsam verständigen kann. Systematisch und im persönlichen Gespräch werden die Sorgen und Nöte der Bewohner vor Ort angehört. Dabei erfahren Praktiker, dass das heute immer zugleich auch mit einer Sonderlektion in aktuellen Vorurteilen, Stereotypen und Alltagsrassismen verbunden ist.

Wer die Geduld aufbringt zuzuhören, wird sehr schnell erfahren, »dass endlich mal jemand kommt, der sich für uns interessiert«. Von hier aus bis zu einem ersten Treffen, mit anderen Leuten, die ähnliche Themen zur Sprache brachten, ist der Weg nicht mehr sehr weit. Entscheidend wird es sein, dass im Gespräch, beispielsweise durch Verweise auf bereits geglückte Aktivitäten, die glaubhafte Perspektive vermittelt wird, dass es sich lohnen wird, zumindest einmal vorbei zu schauen.

Wenn nun die Menschen, die für sich bislang die Erkenntnis verinnerlicht haben, dass sich ja doch niemand für sie interessiert, nun nicht nur die Erfahrung machen können, dass es gelungen ist, gerade ihre drängendsten Probleme gemeinsam mit anderen gleichfalls Betroffenen zu erörtern und erfolgreiche Strategien umzusetzen, ist schon viel gewonnen. Damit sind noch lange nicht die tradierten Einstellungen und Handlungsmuster verändert, aber es sind erste neue Weichenstellungen erfolgt.

Das Freiburger Modell

Dewey's Idee, dass Demokratie in der Nachbarschaft beginne, stand in einem Modell Pate, das wohl bislang nur in Freiburg im Breisgau über einen längeren Zeitraum hinweg praktiziert wurde. Seit rund 25 Jahren wurden verschiedene strukturelle Mitsprachekonzepte entwickelt, beispielsweise gewählte Mieter- und Sprecherräte. Durch ein niedrigschwelliges Verfahren wird eine Wahlbeteiligung von 70 bis 80 % erreicht. Der eigentliche Erfolg liegt dabei darin, dass es über viele Jahre hinweg gelungen ist, eine eigenständige demokratische Interes-

künftig nebeneinander wohnen werden, vielmehr übernehmen sie zugleich auch Verantwortung für ein soziales Miteinander. Damit sollen Grundlagen für gelingende Nachbarschaften und Begegnungen geschaffen werden.

Ambivalentes Wahlverhalten trotz demokratischer Beteiligung

Nach rund 20 Jahren fand eine erste partielle Evaluation statt. Rund 70 % der 114 Befragten empfanden das Verfahren als »(eher) sinnvoll«. Nahezu alle Befragten kannten dieses Verfahren und rund 85 % haben mindestens einmal daran teilgenommen. Rund 60 % stimmten der Frage zu, dass das Verfahren dazu beigetragen habe, »dass die Stimmung im Haus eher gut ist«. (Rausch, 2016)

Vor dem Hintergrund der Diskussionen über Perspektiven der Gemeinwesenarbeit im Einsatz gegen den die Demokratie bedrohenden Populismus stellt sich die Frage, ob diese demokratische Beteiligung von Bewohnern sich auch im Wahlverhalten niederschlägt.

Die Antwort ist ambivalent bis herausfordernd: Beispielsweise war beim Bürgerentscheid über den geplanten Verkauf der städtischen Wohnungen

Resümee

Gemeinwesenarbeit scheint im Selbstverständnis von Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit geradezu prädestiniert zu sein, wirksame Beiträge gegen den zunehmenden (Rechts-) Populismus leisten zu können.

Angesichts fehlender Forschungsprojekte und valider Evaluationen können diese Erwartungen aber bislang flächendeckend nicht hinreichend werden. Diese sind einzufordern, andererseits könnten schon heute ein systematischer Erfahrungsaustausch und weiterführende Strategietagungen organisiert werden. Wie es scheint, wird sich die »GWA-Werkstatt« im nächsten Jahr des Themas der Demokratieentwicklung mit und durch die Gemeinwesenarbeit annehmen. ■

»Das Viertel, in dem man lebt, ist für das Selbstverständnis oft wichtiger als der Arbeitsplatz«

sensvertretung in einem sozial benachteiligten Quartier zu etablieren, in dem Betroffene Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen.

Als weiteres Beispiel soll ein seit 1991 erprobtes Mitwirkungsmodell der Mieter bei der Neubelegung von Wohnungen genannt werden: Wird eine Wohnung frei, so stellen sich die Bewerber den künftigen Nachbarn bei einem gemeinsamen, vom Gemeinwesenarbeiter moderierten Treffen vor. Danach beraten und beschließen die Nachbarn, wer wohl am besten in ihr Haus oder auf ihr Stockwerk passt. In diesem Modell können die Mieter nicht nur mitentscheiden, mit wem sie

im Jahre 2006 die Wahlbeteiligung im Stadtteil Weingarten mit 49,2 % Wahlbeteiligung fast 10 Prozentpunkten über der gesamtstädtischen Quote. Die letzten Landtagswahlen im Jahre 2016 erbrachten dagegen für denselben Stadtteil einen hohen Stimmenanteil von 20,7 % für die Partei Alternative für Deutschland. Eine differenzierte Stimmenanalyse auf einzelne Stimmbezirke, die beispielsweise eine Korrelation mit den Partizipationsmodellen zuließen, gibt das statistische Material leider nicht her. Fundierte, öffentlich zugängliche Analysen und Reflexionen stehen nicht zur Verfügung.

Literatur



Dewey, J., The Collected Works of John Dewey; Southern Illinois University Press: Carbondale, IL, USA; Edwardsville, IL, USA, 1882–1953, LW 2, S. 368.

Dewey, J., Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Bodenheim, 1996, S. 129.

Eribon, D., Rückkehr nach Reims, Berlin, 2016.

Hauschild, J., Warum rechts so verlockend ist, www.spektrum.de/news/wer-waehlt-die-afd-und-warum/1423189, zuletzt am 13. 5. 2017.

Kraus, H.: Amerikanische Methoden der Gemeinschaftshilfe. Community Organization für Social Welfare, in: Soziale Welt, (1951), Heft 2, S. 184-192.

Rausch, G., Gelingende Partizipation in benachteiligten Sozialräumen!? Chancen und Grenzen der sozialen Arbeit in der Aktivierung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen, 2016, in: www.sozialeskapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/416/674.pdf – zuletzt am 13.05.2017.

Wolf, T., Rechtspopulismus, Wiesbaden, 2017.